

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seißer bei Seedt.

Der Polizeikommandeur als Zeuge vor dem Volksgericht.

BS. München, 12. März.

Heute herrscht im Gerichtssaal wieder eine Spannung, die darauf schließen läßt, daß es zwischen der Verteidigung und dem Gericht nach zu Auseinandersetzungen kommen wird. Die Verteidigung ist nämlich mit der gestrigen Vernehmung des Herrn v. Kahr unzufrieden und will sich wegen der Ablehnung fast aller Fragen durch das Gericht in ihrer Beweisführung beschränken. Infolgedessen herrscht eine Art Verteidigerstreik, denn man hat beschlossen, an den heute zu vernehmenden Kommandeur des Landespolizeiamts Oberst v. Seißer keine Fragen zu richten, bis nicht am Nachmittag v. Kahr abermals von der Verteidigung ins Kreuzverhör genommen werden kann.

Nur nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Reichardt die Verhandlung und vernahm sofort den Kommandeur der Landespolizei, Ritter Oberst v. Seißer. Seißer, ein hochgewachsener, schlanker Offizier, Ende der vierziger Jahre, erscheint mit einer dicken Kinnmappe, der er zahlreiche Aufzeichnungen entnimmt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge, der zunächst unbeeidigt bleibt, seine Aussagen nicht ablehnen dürfe.

Oberst v. Seißer: Ich schide voraus, daß ich meine Aussagen so mache, als ob sie unter Eid erfolgten. Mit der Errichtung des Generalstaatskommissariats wurde ich als Referent von Herrn v. Kahr berufen und hatte die Aufgabe, Verbindung zu halten mit den nationalen Verbänden, da Herr v. Kahr es als seine vornehmste Aufgabe bezeichnete.

Die nationalen Kräfte zu sammeln

und sie in den Dienst des Staates zu stellen, allerdings mit der Forderung, daß alle Verbände sich dem Staat unterzuordnen hätten. Es ist falsch, daß hier gesagt worden ist, daß Herr v. Kahr von Anfang an dem Kampfbund feindlich gegenüber gestanden habe. Herr v. Kahr wünschte auch die Mitarbeit des Kampfbundes, stellte aber auch ihm gegenüber das Verlangen der Unterordnung. Der Kampfbund seinerseits erklärte, daß er sich einer nationalen Regierung nur unterordne, wenn diese sich den Wünschen des Kampfbundes füge. Der 1. Mal hatte dem Kampfbund eine empfindliche Niederlage gebracht, und in dem Kopf dieser Leute war es ruhiger und nüchtern geworden. Dann aber kam der Deutsche Tag in Rürnberg, und es wuchs

Der Größenwahn der Leute um Hitler

ins Ungemessene. Hitler, der Mann mit der glänzenden Rednergabe, ist nach meiner Ansicht dem Befall der Menge erlegen. Aus dem einfachen Trommler wurde der Mann, der sich anmaßte, die Geschicke des Volkes leiten zu wollen. Der dem Kampfbund nicht angehörende,

wer mit seinem Ziel nicht übereinstimmte, der kam in Verzug, separatistisch, päpstlich, donau-föderalistisch oder gar französisch eingestuft zu sein. Für die Leute vom Kampfbund war Bayern nur noch die Plattform für ihre wahren Ziele. Wohin diese Ziele gingen, hat Herr v. Seißer einmal bei einer Besprechung verlesen, bei der er erklärte: „Bayern ist mir vollkommen wurscht. Ich kümmere mich nur noch um das Reich.“ Darin liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Kampfbund und Herrn v. Kahr, und dieser Unterschied führte auch zur Uneinigkeit über das Ziel. Herr v. Kahr erstrebte

das Reichsdiktatorium auf legalem Wege.

Hitler-Ludendorff wollten die Reichsdiktatur mit allen Kampfmitteln erzielen. Es gab für uns nur zwei Wege: Entweder versuchte man, die Bewegung Hitlers in ruhige Bahnen zu lenken, oder man mußte sie bekämpfen. Hitler war für den ersten Weg, da der Kampfbund, besonders die Reichskriegsflagge Leute umschloß, die vom besten Willen besetzt waren. Am 27. September, einen Tag nach seinem „Misantritt“, berief Herr v. Kahr die Führer der Verbände ins Generalstaatskommissariat. Es erschienen alle Herren bis auf Hitler und Dr. Weber. An ihrer Stelle erschienen der nicht eingeladene Herr v. Scheubner-Richter. Herr v. Kahr war unangenehm berührt und erfuhr, daß man einen Meinungsaustrausch im Kampfbund mit ihm ablehnte und in dieser befallenen Sitzung forderte er auch vom Kampfbund die Unterordnung unter den Staat. Alle Organisationsvertreter erklärten sich dazu einverstanden, bis auf den Kampfbund, der einige Stunden später die Erklärung abgab, er lehne v. Kahr ab, weil dieser ernannt worden sei, ohne daß man vorher mit dem Kampfbund Rücksprache genommen habe. Diese Erklärung zitierte deutlich den Größenwahn der Leute im Kampfbund. In Ausführung dieser Aufgabe, Verbindung mit den nationalen Verbänden zu halten, hatte ich zahlreiche Besprechungen mit den Organisationsvertretern. Auf mein Bitten hatte mir Herr v. Kahr Richtlinien gegeben über die Frage:

Wie steht Bayern zum Reich.

Herr v. Kahr stand auf dem Standpunkt, daß Bayern so, wie 1919 das Reich außer den bayerischen Truppen hier erhalten habe die Ordnung wiederherzustellen, auch Bayern seinerseits alle Kräfte zur Verfügung stellen würde, wenn der Ruf an das Land erginge, im Reich mitzuwirken. Herr v. Kahr stand weiter auf dem Standpunkt, daß wir zur Samierung der Reichspolitik ein Direktorium ohne parlamentarischen Hemmungen brauchen. Hierzu sah er einen starken Druck aller Parteien als gegeben an, und zwar nicht nur der militärischen Faktoren, sondern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Es erschien ihm wichtig, daß ein starkes Reichsdirektorium, das bei der Führung seiner Aufgaben sicherlich auf Widerstand stoßen würde, bestand. Ich hegte die Vermutung, daß die Landespolizei gezwungen würde, mit der Waffe in der Hand gegen nationale Männer vorzugehen, was letzten Endes nur die Freude unserer Feinde erregt hätte. Ich habe stets versucht, den Führern der nationalen Verbände deutlich zu sagen, daß die Landespolizei ihre Pflicht unter allen Umständen erfüllen werde, denn eine Truppe, die ihre Ehre im Saibe hat, muß ihre

Pflichten ohne Rücksicht auf irgendwelche politischen Erwägungen tun. Tut sie das nicht, so ist sie ein wertloser politischer Hausen. Ich habe den Organisationsvertretern gesagt: Tun Sie nichts, meine Herren, was das Eingreifen der Polizei erfordert, denn wir werden unsere Pflicht unbedingt tun, auch wenn es uns noch so schwer fallen sollte.

Mit Hitler hatte ich in den ersten Tagen meines Dienstes eine Besprechung. Ich hielt ihm vor, daß er dem Vaterland keinen Dienst erweise, wenn er in keinem Verbände beiseite stehe und Herrn v. Kahr bekämpfe, wie das im „Völkischen Beobachter“ bereits geschehen war. Hitler stellte sich auf dem komischen Standpunkt, daß Herr v. Kahr an das Parlament, an die Kurie, an die Bayerische Volkspartei gebunden sei. Hitler äußerte fast wörtlich: „Kahr sehe in dem Zug nach Paris, ich dagegen in dem Zuge nach Berlin. Wenn Herr v. Kahr in den Berliner Zug mit-einsteigt, dann ist alles gut.“ Daß die Monarchie ausgerufen werden sollte, erfüllte Hitler mit Sorge und als ich meinte, ich hätte davon nichts gehört, erklärte er mir: „Sie sind der einzige Mann in Bayern, der noch nicht weiß, daß am Sonntag die Monarchie in Bayern ausgerufen wird.“ Oberst v. Seißer kam dann auf die bereits mehrfach geschilderte Besprechung zwischen Kahr und Poehner über die eventuelle Einsetzung eines Zivilkommissars für Sachsen und Thüringen zu sprechen und betonte hierzu, daß Kahr über die Ablehnung Poehners sichlich erleichtert gewesen sei, weil er geglaubt habe, daß Poehner diese Stellung nur dazu benutzen würde, um auf die Macht des Kampfbundes gestützt, Ziele zu verfolgen, die sich gegen den Willen Kahrs richteten. Am 9. Oktober, so erklärte Seißer, war dann eine Besprechung mit den Führern der Vaterländischen Verbände. Ich habe wieder in schärfster Weise betont, daß alle Anwendung von Gewalt die Reichswehr und Landespolizei zum Widerstand mit der Waffe zwingen. Auf meine Frage an Weber, wie er sich in einem Konflikt zwischen Hitler und dem Generalstaatskommissariat stellen würde, erwiderte Weber, er werde in einem solchen Konflikt seine Pflicht gegenüber der bayerischen Reichsregierung voranzusetzen seiner Verpflichtung gegenüber dem Kampfbund und Hitler.

Einzelheiten werde ich in geschlossener Verhandlung

ausführen. Ich möchte aber betonen, daß damals also auch von Weber ein gegebenes Wort vorlag. Am 25. Oktober war ich mit

Losow und Minoux bei Ludendorff,

wo wir über die Persönlichkeiten für die Bildung des Direktoriums in Berlin sprachen.

Ludendorff wandte sich scharf gegen einige Namen, sowohl Minoux wie Losow haben versucht, ihn maßigend zu beeinflussen und durch ihn auch auf Hitler maßigend einzuwirken. Ohne daß ich es verlangt habe, gab mir Ludendorff dabei zu meiner Ueberraschung das Versprechen: „Ich werde mich Ihnen gegenüber loyal verhalten und nichts unternehmen, ohne Sie von der Veränderung meiner Haltung vorher zu verständigen.“ Am 25. Oktober fand eine neue Besprechung mit Weber und Hitler statt, in der sich Weber ehrlich bemühte, zwischen Kahr und Hitler eine Einigung herbeizuführen. Die Besprechung verlief aber ergebnislos. Hitler erklärte, er achte Kahr als Menschen und als Verwaltungsverbeamten, er sei aber kein Diktator, er sei abhängig von der Regierung, von der Bayerischen Volkspartei und von der Kurie. Hitler wies dabei an geschichtlichen Beispielen nach, daß Deutschland nur durch eine Diktatur zu retten sei; diese Diktatur müsse von Bayern aus geschaffen werden, da nur hier sich geeignete Männer dazu fänden, und zwar er (Hitler), Ludendorff, Losow für die Reichswehr und ich (Seißer) für die Polizei. Ich wandte ein, daß Ludendorff außenpolitisch völlig unmaßiglich sei, daß Losow in Konflikt mit Seedt stände und daß ich im Norden gänzlich unbefähigt sei. Darauf meinte Hitler: „Ludendorff brauche ich um die Reichswehr zu gewinnen. Kein Soldat schließt auf Ludendorff.“ Auf meine Antwort, daß das doch nicht richtig sei und daß die Truppen ihrem Vorgesetzten gehorchen, erwiderte Hitler: „Das sagen alle Generäle und alle alten Offiziere. Aber vom Stabsoffizier abwärts läßt sich die Truppen nicht auf Ludendorff und gehorchen ihren Führern nicht mehr.“ Am 1. September fand eine aberwallige Besprechung mit Hitler und Dr. Weber statt, bei der Hitler die gleichen Gebotensgänge aufwies. So daß ich allmählich den Eindruck gewann, er wolle suggestiv auf mich einwirken. Deshalb brach ich das Gespräch ab, warnte vor dem vor gewaltsamen Handlungen und erinnerte an das gegebene Versprechen. Dabei möchte ich betonen, daß Hitler schon früher Losow und mir das Versprechen gegeben hatte er unternehme nichts gegen Reichswehr und Landespolizei, wir sollten ihn nicht für so dumm halten, er mache keinen Putsch. Dicles Versprechen hat er mir gegenüber einmal zurückgenommen, weil seine vier Versprechungen verboten waren. Bei Losow hat er dann diese Zurücknahme aber wiederum zurückgenommen und am 1. November mir gegenüber das Versprechen erneuert mit der Einschränkung allerdings, es sei denn, daß er in eine Zwangslage veretzt würde. Losow gegenüber hat er keine Einschränkung gebraucht, wenn Dr. Weber sagt, in jener Besprechung sei

Die Rollenverteilung festgelegt

und darüber Uebereinstimmung erzielt worden. So stelle ich fest, daß ich von dieser Rollenverteilung schon lange erweicht habe. Ich habe mich aber niemals einverstanden erklärt. Hitler hat mich auch nie nach meinem Einverständnis gefragt. Ich stehe, wie Erzelenz von Kahr, auf dem Boden der Auffassung, daß eine Reichsdiktatur in München und ihr gemäßliches Vortragen nach Norden ein wahrer Unsinn war. Was hierüber von Hitler und Dr. Weber ausgesagt worden ist, ist erfunden und unwahr. Ich habe über diese Besprechung an Kahr und Losow berichtet, habe auch in der Referentendebatte im Generalstaatskommissariat, an der Vertreter des Ministerium des Innern und des Ministerpräsidenten teilnahmen, diese Rollenverteilung zur Sprache gebracht.

Seißer in Berlin.

Dann hat hier in der Verhandlung meine Reise nach Berlin und meine dortige Unterredung mit

Erz. Seedt

eine große Rolle gespielt und man hat darüber ein großes Fantasiegebäude errichtet. Die Unterredung mit Erz. v. Seedt erfolgte auf Anweisung des Generalstaatskommissariats und mit Wissen des Ministerpräsidenten v. Knilling. Sie hatte einen rein informativen Zweck, nämlich die damals in Berlin umgehenden Gerüchte nachdrücklich zu demontieren, wonach mit der Aufstellung des polizeilichen Grenzschutzes an der bayerisch-thüringischen Grenze ein Vormarsch auf Berlin eingeleitet werden sollte. Ferner sollte die Unterredung verhüten, daß es zwischen der in Sachsen eingeleiteten und in Thüringen gerade einmarschierenden Reichswehr und dem Grenzschutz zu irgendwelchen Zusammenstößen kam. Ich habe in der Unterredung gesagt, daß weder die bayerische Regierung noch der Generalstaatskommissar an einem Marsch nach Berlin dächten, und daß alle Gerüchte darüber unrichtig seien. Der Grenzschutz sei zudem ganz schwach. Wenn an einzelnen Stellen von einzelnen Verbänden einiges erfolgt sei, was über den Rahmen der polizeilichen Maßnahmen hinausging, so sei das bereits in entschiedener Weise auf Veran-

v. Seedt über die Stimmung in Bayern unterrichtet.

habe gesagt, daß wir in Bayern, wie überall, eine starke Erregung hätten; daß die Gefahr bestände, daß durch den Ueberaktivismus einzelner Gemüter Explosionen herbeigeführt würden, daß aber Kahr die Hoffnung habe, die Bewegung in vernünftigen Bahnen zu halten. Ich habe dann mit Erz. v. Seedt darüber gesprochen, daß die Gerüchte in der Presse über separatistische oder partikularistische Absichten des Herrn v. Kahr haltlos und unsinnig seien. Kahr sei genau so Deutsch wie jeder vernünftige Bayer. Außerdem habe ich in Berlin noch einige persönliche Bekannte aus Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft besucht.

Von dieser Unterredung hat Dr. Weber leider durch einen Zufall erfahren, weil ich ihm auf die telefonische Anmeldung seines Besuches sagen mußte, daß ich wegen meiner Reise nach Berlin nicht anwesend sein könne. Bei der Besprechung am 1. November wurde dann von ihm diese Reise erwähnt. Hitler betonte, daß im Norden keine geeigneten Männer vorhanden seien.

Der Norden sei ein einziger Sumpf

und Berlin sei vollkommen versenkt. Worauf ich erklärte, daß ich vielleicht bei meiner Reise nach Berlin Gelegenheit hätte, mich über die Zustände dort zu unterrichten. Darauf erwiderte mir Hitler in charakteristischer Weise: „Herr Oberst! wenn man Ihnen sagt, es kommt ein Flugzeug vom Nord, in dem sich die geeigneten Männer befinden, die in Berlin die nationale Regierung bilden sollen, dann wären Sie auch zufrieden.“ Hitler hat hier ausgelegt, er habe damals betont, wenn nicht bald eine Entschelbung erfolge, dann werde er seine Bindung an den Generalstaatskommissar und an Losow lösen, und Weber hat betundet, Hitler hätte noch hinzugefügt: Wenn ich, von Berlin zurückgekehrt, nicht zum Handeln entschlossen sei,

dann werde er, Hitler, selbst für den Abzug sorgen.

Beide Aussagen sind frei erfunden und völlig unwahr. Es ist ausgeschlossen, daß Hitler das gesagt hat. Ueber meine Reise später Hitler und Weber zu unterrichten, ist mir nie in den Sinn gekommen. Ich war sehr erstaunt, in den Münchener Zeitungen am 10. Dezember eine Erklärung des R.-L. Roder zu lesen, wonach Hitler erfahren habe, daß Seißer in Berlin Uebereinstimmungen mit Seedt getroffen habe, die den Erklärungen Seißers und Losows über den Marsch nach Berlin widersprachen. Infolgedessen habe Hitler die Ueberzeugung gehabt, daß die Herren nicht mehr zur Tat entschlossen seien und er habe sich daher für berechtigt gehalten, selbständig zu handeln. Vom Generalstaatskommissariat ist bereits darauf geantwortet worden, daß von einer veränderten Stellungnahme der Herren Losow und Seißer nichts bekannt sei. Gleichzeitig gibt aber Hitler durch seine Erklärung zu, daß er schon am 6. November gewußt habe, daß Kahr, Losow und Seißer für den Marsch nach Berlin nicht zu haben waren.

Was geheim bleiben muß!

Ich komme dann zu der Besprechung am 6. November. Erster Staatsanwalt unterbrechend: Ich bitte darüber nicht in öffentlicher Sitzung zu sprechen.

Seißer: Ich will mich hier nur zunächst ganz allgemein darüber äußern. Oberst v. Seißer schildert dann die bereits bekannten Ansprachen Kahrs, Losows und seiner Person in dieser Sitzung an die Vertreter der vaterländischen Verbände. Am 8. November vormittags, so betont er, habe er dann die Chefs der Landespolizei zusammengerufen, um sie im Auftrage Kahrs über die Lage zu unterrichten. Er habe zum Schluß gesagt, daß, im Falle es doch zu Explosionen kommen sollte, die Landespolizei unbedingt ihre Pflicht tun werde, auch wenn sie dabei die Schußwaffen gegen ihre eigenen Freunde richten müsse. Dieser Standpunkt, so erklärt Seißer, war nicht nur der meinige, sondern auch der, den ich im Auftrage von Erzelenz Kahr der Landespolizei mitzuteilen hatte. In der geheimen Sitzung wurde ich diesen Standpunkt bis ins letzte nachweisen. Darauf möchte ich schon jetzt aufmerksam machen, weil die Verteidigung wiederholt versucht hat, durch Anführung von Ergebnissen der nicht öffentlichen Sitzungen diese Ergebnisse in öffentlicher Sitzung zu pervertieren. (Man sehe unter den Verteidigern, von denen ich eine ganze Reihe sofort zum Wort melde.)

R.-L. Roder: Ich bin der Meinung, daß der Herr Oberst als Zeuge, nicht aber als Staatsanwalt geladen ist.

Vorsichtiger, der eine leise unverständliche Bemerkung zu Seiber getan hätte: Ich habe diese Bemerkung bereits zurückgezogen.

Der banditenmäßige Überfall.

Seiber: Ich fasse zusammen: Ich hatte das Versprechen Dr. Webers, das Versprechen Ludendorffs, das wiederholte Versprechen Hitlers. Im Vertrauen darauf habe ich immer wieder versucht, die Bewegung in vernünftigen Bahnen zu halten. (Mit erhobener Stimme) Im Vertrauen darauf

Sind wie ahnungslos in die hinterlistige Falle

gegangen, im Vertrauen darauf sind wir in schmachvoller Weise im Bürgerkrieg überfallen worden. Im Vertrauen darauf sind die bayerischen Minister gefangen und nach der Wohnung des Schwiegervaters Dr. Webers abgeführt worden, deselben, der in einem Konflikt keine Rücksicht gegenüber der bayerischen Regierung vorstellte. Alles das hat man damit begründet, daß es zur Rettung des Vaterlandes nötig gewesen sei. Diese Rettung war aber nichts als Zerstörung, ein staatlicher Selbstmord und nutzlose Opfer. Wir hätten uns zur Verfügung stellen können, aber es wäre pflichtvergessen, Folge und schmachvoll von uns gewesen. Es ist hier seit Prozeßbeginn immer nur von dem Vorwurf der Herren Kahr, Lossow und Seiber gesprochen worden, von dem

Druck einer Zusage, die uns durch einen banditenmäßigen Überfall ertreibt

worden ist. (Sehr scharf und sehr laut) Davon aber, daß dieser Vorwurf eine Staatsnotwendigkeit war, während auf der anderen Seite das ohne Zwang gegebene Wort gebrochen worden ist, davon hat man hier nicht gesprochen. Wenn diese Männer hier vor Gericht stehen, dann fragen die Schuld daran diejenigen, die jenen sinnlosen Überfall gemacht haben, die nicht nur ihr eigenes Wort gebrochen, sondern auch das Wort Erzengel Ludendorffs mißbraucht haben, aber nicht wir, die wir in schwerer Stunde das Vaterland und den Staat gerettet haben. Denn darum ging es. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen des Hitler-Putschs, war es klar, daß die Bildung der nationalen Armee Ludendorffs die Franzosen, Schweden und Polen uns auf den Hals setzen mußte. Es wäre ein Kampf zwischen Nord und Süd entstanden, eine Spaltung zwischen Reichswehr und Landespolizei, ein Kampf gegen drei Fronten, ohne Flugzeuge, ohne Waffen, ohne Munition, Verpflegung und Nachschub, ohne Schuttmittel gegenüber den feindlichen Gasen. Wir hätten nichts als opferbereite, begeisterte Männer, die nichts als die feindlichen Maschinen und dem feindlichen Gas entgegen geworfen wären.

Das Ende vom Liede wäre die Zerstörung Deutschlands gewesen, nur derjenige, der sich vor Augen hält, daß wir diese Überlegungen schon lange vor dem 8. November angestellt hatten, wird der kann erkennen, welche ungeheure Verantwortung und welche ungeheurer moralischer Druck damals auf uns lastete. Ich habe mich mit meiner Person auf das heftigste dagegen aufgelegt, ich habe den schwersten Kampf meines Lebens gekämpft (mit erhobener Stimme), ich bin stolz darauf, daß ich mein eigenes Ich bezeugt habe, um meinem Vaterlande zu dienen. Denn über jeder Person steht Deutschland. (Große Bewegung im ganzen Saal.)

Hitler hat alles zerstört.

General v. Seiber kam dann auf die Vorgänge im Bürgerkrieg zu sprechen. Er betonte, daß am Nachmittag des 8. November Dr. Weber ihn anrufen habe und ihn gefragt habe, ob er auch wirklich hingehe, und als er dann bejahte, habe Dr. Weber erklärt: „Würden Sie mir vielleicht gestatten, nach der Rede des Herrn v. Kahr einige Fragen an Sie zu richten?“ Der Sinn dieser Worte, so erklärt Seiber, ist mir erst am Abend des 8. November klar geworden. Er schilbert dann, wie Hitler in den Saal eintrat und betont dabei, daß er mit eigenen Augen gesehen habe, daß einer der Bemerkten eine Maschinenpistole getragen hat. Von Anfang, sagt Oberst Seiber, war es mir klar, was für Unheil kommen würde. Alles, was in jahrelanger Arbeit erreicht war, wurde mit einem Schlag zerstört. Von diesem Augenblick an war Hitler mein Gegner, den ich mit meinem ganzen Willen bekämpfen mußte. An Widerstand war nicht zu denken. Die Verteidiger haben hier die Frage erörtert, ob wir nicht unsere Dienstwaffen bei uns hatten. Wie sollen wir denn mit unseren langen Säbeln gegen die Pistolen und Maschinengewehre Amok laufen. Das wäre sinnlos gewesen. Hätten wir aber eine Beteiligung abgelehnt, so wären wir ohne weiteres festgesetzt worden, denn die Tat war

ja geschehen. Hitler konnte nicht mehr zurück und in der Zwischenzeit hätte man Reichswehr und Landespolizei in den Glauben gezaubert, daß wir mitmachen. Schon ein paar Tage Hitler-Agerung hätten genügt um Unheil zu bringen, das nicht so leicht wieder gutzumachen war. Einige Proben hätten wir ja davon in der Nacht zum 9. November. Dazu bekannte Hitler noch, die Kassen sind beseitigt, die Truppen sind unter der Fakenkreuzfahne im Anmarsch. Deshalb wollte ich zunächst wissen, wie es mit meinen Leuten stand. Aber man hätte sie getäuscht, genau so wie jene braunen Oberländer von Seeßelb getäuscht worden sind, die man mit der gefälschten Unterschrift Kahrs nach München gerufen hat und die durch die Fälschung ihrer Führer in den Tod gegangen sind. Ich hatte das Gefühl: Kämpfen kannst du nur, wenn du frei bist. Frei sein kannst du nur, wenn du mitmachst, so verächtlich die Komödie auch ist. Noch während Hitler auf dem Podium sprach, habe ich mich mit Lossow sofort durch das leise Wort „Komödie spielen“ und durch einen kurzen Blick verständigt. Auch Kahr wurde auf dieselbe Weise sofort verständigt und gelangte kein Einverständnis mit einem kurzen Blick. Das gleiche geschah zwischen uns und unseren Bedienten. Der Entschluß, trotz unserer schlechten Lage gegen die Sache zu kämpfen, war nicht leicht. Unsere Lage war fast verzweifelt. Kann denn ein vernünftiger Mensch glauben, daß drei Männer gegen eine Sache ankämpfen, wenn sie innerlich dabei sind. Kann es möglich sein, daß ein Mann wie Hitler so wenig Verantwortungsgefühl hat, daß er eine Panik von Tausenden von Menschen riskiert, um drei Männer, die mit ihm übereinstimmen, zum Abbruch zu bringen? Ich sah Bewaffnete vom Saalengang bis zum Podium und Bewaffnete vor der Tür des Nebenzimmers, in das wir dann gingen. Seiber schildert dann die Unterhaltung im Bürgerkriegsraum, und seine Darstellung deutet sich im Allgemeinen mit der des General Lossow und Herrn v. Kahr. Oberst v. Seiber erklärt: Hitler trat im Nebenzimmer auf mich zu und streckte mir die Hand entgegen. Ich sagte: „Herr Hitler, zwischen uns steht Ihr gebrochenes Versprechen“. Er bat mich um Verzeihung und begründete sein Verhalten mit seiner Liebe zum Vaterland.

Ein Zwischenfall.

In diesem Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall. Hitler, der mit seinem Verteidiger spricht, wendet den Kopf zur Seite und Oberst v. Seiber erklärt dem Vorsitzenden: „Herr Hitler hat eben laut gesagt: „Underschämtheit!“ Ich bitte, das zu rügen.“

Vors.: Herr Hitler, das ist eine ganz grobe Ungehörigkeit. R. v. Kahr: Hitler hat sich mit mir unterhalten.

Vors.: Da das Wort gefallen ist, bleibt es trotzdem eine grobe Ungehörigkeit.

Seiber fortsetzend: Dann kam General Ludendorff, der erklärte: „Ich bin ebenso überrascht wie Sie.“ Alles was an der rührenden Szene zwischen Lossow und Ludendorff hier behauptet worden ist, ist nichts als Unsinn. General Ludendorff mußte auch mir zu, auf Herrn v. Kahr einzureden. Ich habe das nicht getan, denn ich hatte den bestimmten Eindruck, daß

Ludendorff in den ganzen Plan eingeweiht

war und betrachtete ihn von diesem Augenblick an als meinen Gegner, gegen den ich kämpfen mußte, wie gegen Hitler. Nach Kahrs Zustimmung sind wir dann in den Saal zurückgegangen. Daß Lossow auch eine Ansprache halten wollte, war keineswegs festgelegt worden. Hitler kam im Saal plötzlich zu mir und sagte sehr bestimmt: „Jetzt reden Sie.“ Ich antwortete ihm: „Ich habe nichts zu reden.“ Da schob mich Hitler mit sanftem Druck nach vorn und ich mußte ein paar Worte sagen. Ich bin sonst beim Sprechen durchaus nicht besangen, aber bei dieser kurzen Rede

würgte mich der Ekel

so an der Kehle, daß ich kaum ein Wort hervorbringen konnte, der Ekel über das Verhalten von Männern, die ich bisher als Freunde behandelt hatte. Dann ging ich in das Nebenzimmer zurück. Kahr strebte danach, bald fortzukommen und fuhr in das Generalkommissariat. Erzengel Ludendorff war für die Verständigung der Reichswehr, Verstärkung des Grenzschildes gegen Serbien und die Bildung der Nationalarmee.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Die deutschpolitischen Kandidaten für Berlin sind Karl Fahrenhorst, Gewerkschaftsführer, Schwatke, Handlungsgehilfe, Wilhelm Kube, 1. Hochmeister des Bismarckordens, Kuebel, Syndikus. — Spitzenkandidaten für Badstübchen sind: Reinhold Wulle, Dr. phil. Wilhelm von Grehmer, Laboratoriumsvorsteher der biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Waltherr, Eisenhändler. — In Hamburg ist Graf Reventlow als völkischer Spitzenkandidat aufgetaucht.

Deutschlands Retter.

Im Spiegel der eigenen Presse.

Der Personentakt ist bei der Rechten stark entwickelt. Ihre Presse hat stets ein wohlaffortiertes Lager von hervorragenden Persönlichkeiten bereit, denen das deutsche Volk nur willig zu folgen braucht, um neuen, herrlichen Tagen entgegen zu werden. Über der Veranschaulichung dieser großen Männer ist außerordentlich stark, und die Urteile über ihre Fähigkeiten sind auch im Lager der Rechten selbst außerordentlich verschieden. Geraten dann die Helden durch einen ärgerlichen Prozeß in den Brennpunkt einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, dann schmilzt ihr Ruhm wie Butter in der Sonne.

Wer war im Spiegel der Rechtspresse größer als Erich Ludendorff, wer berufener, die Rolle von Deutschlands Retter zu spielen? Als er aber vernommen war, da war die arme „Kreuzzeitung“ ganz platt, sie schrieb von Ludendorff als einem Mann, der „in den Schlingen der Politik einherstolpere“ und von seiner „rührenden Hilfslosigkeit“.

Also ist doch wohl nicht Ludendorff, sondern Herr v. Kahr der richtige Mann? Monatslang haben ihn die Deutschnationale Partei, der Alldeutsche Verband, die Vaterländischen Verbände, Glack, Geisler, Hergt als solchen ausgesandt. Gegenüber diesem bayerischen Geistesriesen und neuen Bismarck waren alle, die im Norden herumtrauchen, armseliger Pragmaten, und die Stunde konnte gar nicht mehr erwartet werden, wo der große Kahr in Berlin einrückte, um Ordnung zu schaffen.

Um so interessanter ist zu lesen, was die Berliner Rechtspresse über diesen Mann jetzt zu sagen hat. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von ihm ganz schlicht als von einem „Mann, der am Ende seiner politischen Laufbahn steht“, aber ganz anders, deutlicher, läßt sich im „Tag“ Job Jimmermann vernehmen. Der schildert den klaglichen Rest eines Diktators, wie er sich vor dem Zeugentisch darstellt, folgendermaßen:

Seife, rauch, manchmal brüchig erklingt eine zitternde Stimme. Was Kahr erwidert, zeigt so erschreckend geringe politische Einsicht, daß man fast vor Schreck. Das wäre, denkt man, ein Staatsmann der neuen Zeit?

Aufhören, möchte man rufen. Aufhören! Es ist genug!

Und ein anderer Stabstrompeter der „nationalen Diktatur“, Friedrich Hufschong, zeichnet folgendes Bildchen:

Die gedrückteste Figur, die in dieser ganzen Zeit vor diesem Gericht in der Bülowenstraße erschien, ist Herr von Kahr im Kreuzfeuer der feindslichen Fragen seiner Widersacher.

Drei Stunden lang läßt Herr von Kahr, mit eingezogenem Kopf auf seinem Stuhle sitzend, einem modernen heiligen Sebastian ähnlich, sich von den Pfeilen eines halben Dutzend von Rechtsanwältinnen durchbohren. Versucht er's einmal mit einer wirklichen Erklärung, so schneit der Versuch an hundert solchen Rippen und an Herrn von Kahrs rednerischer Hilfslosigkeit. Soll er sich aus dem Stogreif zu etwas äußern, so gleicht er einem Karpen auf dem Sande.

Der Gesamteindruck niederschmetternd und erbarmungswürdig.

So also sieht der Held, Retter und Befreier jetzt aus! Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Trivialität einer Journalistik, die täglich neue Höhenklänge baut, um sie morgen wieder in die Latrine zu werfen, oder über die Geduld eines Lesepublikums, die sich so etwas gefallen läßt.

Und während das Hagelwetter des Hitler-Ludendorff-Kahr-Prozesses auf sie niederbraust, sind die deutschnationalen und völkischen Herrschaften quieschergnügt und rechnen mit großen Erfolgen bei den kommenden Reichstagswahlen.

Wie unerklärlich muß doch ihr Glauben an die menschliche Dummheit sein!

Wegen unerlaubter Fischei in dänischen Gewässern (Holland) wurde der Emdener Zoologe Richard C. Krogmann zu 10000 Kronen Strafe, Konfiskation der Geräte sowie Freigang der Kisten verurteilt.

Ein Charaktermilieustück.

(Kammerstücke.)

„Palme“ oder „Der Gebrannte“ von Paul Kornfeld ist keine Komödie im landläufigen Sinne. Keine dramatische Handlung mit Steigerung, Höhepunkt und Entspannung, sondern eine Schilderung, ein Milieustück absonderlicher Charaktere, noch besser eines absonderlichen Charakters. Obwohl die Steine zu dem Charaktermilieu durch fünf Akte zusammengetragen werden, erlahmt das Interesse des Zuschauers nicht. Das spricht für das dramatische Talent des Verfassers und ist auffallend bei einer durch und durch unromantischen Komödie. Der Palme, der Empfindsame, kehrt von einer Reise zurück und bringt es infolge seiner krankhaften Geizigkeit schnell dahin, das geruhige Gleichmaß einer spießigen Familie in Unfrieden und quälende Unruhe zu verwandeln. Nicht spießig ist allein das weibliche Familienoberhaupt Klara. Sie liebt Palme und bestimmt ihre Umgebung, seinen Eigentümlichkeiten nachsicht einzugeben. Trotz Vornahme gelingst das nicht, Palme jagt die drei Verehrer von Klaras Tochter Helene mit seinem plötzlich ausbrechenden Selbstgefühl aus dem Hause. Hinterher jagt er zu dem unglücklichen Bäckfisch Helene, die den kühnen Auftrag und dem Willen hat, sich mit ihm zu verloben: „Wir können in vollster Kaltblütigkeit, in aller Ruhe und aller Freundlichkeit miteinander sprechen. Und in diesem Zustand kann ich Ihnen ohne Groß und Jora sagen, daß Sie sich so gemein zu mir benommen haben, so voller Brutalität, daß ich Sie verachte!“ Und dann wirft er ihr die unglückliche Charakterveranlagung vor, die ihn selbst beherrscht. Nachdem der unausgeglichene Palme einen Akt lang zu einem verträglichem, lebenswürdigen, lustigen, kurz normalen Menschen geworden ist, bringt ihn ein harmloses Scherzwort — „Dattelbäumchen“ jagt man zu ihm — zu seiner alten Geizigkeit zurück. Verzwweifelt verläßt er als Unverständlicher das Haus. Alle Rüge mit ihm war umsonst.

Medizinisch würde man bei Palme von Beziehungswahn sprechen. Er fühlt alles, was in seiner Umgebung vorgeht, auf sich und gegen sich gerichtet. Literarisch erhebt sich die Frage, ob sich ein pathologischer Zustand zur Dramatisierung eignet. Nun, das Stück handelt deshalb einen so freundlichen Heiterkeitserfolg, weil ihre gesundheitslich normalste Figur, Klara, unterliegt, was ihre Pflicht gewesen wäre. Sie hätte Palme zunächst in ein Sanatorium schaffen müssen. Da sie es nicht tat, mußten die Gegensätze aufeinander spielen. So entsteht eine lustige Grotteske.

Der Stil Paul Kornfelds ist von eigentümlicher, zumellen unbeholfener Unklarheit. Die Personen tragen, auch in Reden, ihren Charakter auf dem Präsentierteller vor sich her. Dennoch ist die Zeichnung häufig von beständendem Reiz. Palme bekommt von Helene einen Brief. „Was werden es für Bosheiten sein?“ sagt er, den Brief öffnend, „nein, doch nicht! — Mein lieber guter Freund?“ Das klingt anders als ich erwartet habe. Mein lieber guter Freund! Es klingt und mein Herz klingt mit. Das erste Liebeswort. Allerdings es klingt ein wenig wie von oben herab ge-

sagt. Palme wird schon wieder zweifelhaft: „Mein lieber guter Freund? Es klingt ein wenig gönnerhaft. Mein lieber guter Freund! Das klingt wie Verachtung!“ Literarisches Menschentum.

Die Darstellung unter der klugen Regie Viktor Schwannles hebt aus der Komödie mehr Wirkung heraus als sie enthält. Palme fand in Max Gülstorff einen prachtvoll nervösen, ewig-gelächelten, zwischen den Gegensätzen umhergepeitschten, armseligen, gequälten Menschen. Klaras Bruder Dauberjahn, der selbstgefällige Patientenspieler, war Karl Etzinger. Gleich als der Vorhang hochging, hatte er die Herzen der Zuschauer gewonnen. Mit lächerlichem Pathos, lächerlich gespreizten Bewegungen und geschwollener Ausdrucksweise verlor er die dem Sinnbild düsterhafter Hohlheit. Ann Kewes war der quackfüßrige, jugendliche Bäckfisch Helene und Vina Rossen eine mütterlich verführende Klara. Wenn auch kein erstrebenswerter, so war es doch ein interessanter Abend.

Ernst Degner.

„Die Abenteuerin“.

Man denkt an eine politische Hochstaplerin; aber nein: die Gräfin Worenzoff ist eine gute, brave, bürgerliche Frau. Man denkt an eine Diebstahlhaberei; aber nein: sie liebt nur den eigenen (allerdings verstorbenen) Gatten. Man fürchtet Unanständigkeit; aber diese Operette des Apollo-Theaters ist anständig gebildet. Es geht wirklich auch so. Nur möchte ein Autor Reichardt für Umwechslung sorgen, die weniger an den Haaren herbeigezogen ist, er müßte weniger Maschinen als Bedrohungen aufschreiben lassen, Konfliktstoffe entstehen lassen, nicht vorzeichnen. Da ist ein Oberst mit dem Entlorenungssammel. Er tut nichts anderes als daselben, mit einem Blick intrigiert, mit dem andern entzart; er. Dabei kommt es ihm auf ein kleines Attentat mittels Liebe nicht an. Die Gräfin läßt sich, um vor der Welt nicht kompromittiert zu sein, von der gewissen Madame Lenormand einen Erfahrungsroman aufreden, dessen Rechte allerdings an der Schatzkammer enden. Auch diese Wuppe, die allen Intrigen des ihn durchschauenden Obersten troht, wird zuletzt der Liebhäber der Gräfin selber. Da sein Herz und seine Hand so ehrlich über ihr wachten, so hat er ihr Herz und ihre Hand sicher am ehesten verdient.

Wie echt ist das alles, wie russisch, wie natürlich! Jeder Zoll eine vom Autor diktierte Säreidmännchen. Der Komponist mit dem unausprechlichen Namen Orzyb versucht wie alle neueren die Operette auf Stelzen hochziehen zu lassen, statt sie fliegen zu lassen, ihr eine gehobene Lebensstellung zu geben, statt vorhandene Möglichkeiten erfinderisch auszunutzen. So komponiert er manche ernsthaft große Arie, die jeder Primadonna gefallen müßte, funktvolle Duette sogar Gesänge mit unterlegten Chöreinfällen. Das Orchester gebärde sich dabei sehr gelehrig und sehr willig. Zweifellos ein begabter Opernmann; doch für den guten Reifer und das Abnende eines Schölers fehlt ihm vorerst die Berufsbildung. Als Dirigent schlägt er mit dem Taktstock das Temperament der Spieler tot. Im zweiten Akt aber steht ein erfinderischer Tanz, ganz Sprung und Weidenhock. Echt empfunden, schwungvoll komponiert. Hier weiß Orzyb, wie eine Stimmung zu gestalten und festzuhalten

ist, er weiß es auch; in dem einen oder anderen Couplet. Aber gerade weil der Mann künstlerisch zu besserem berufen scheint, wollen wir nicht verraten, daß das eine oder andere besonders gelang und gefiel und da capo verlangt wurde.

Trude Hesterberg ist spiritus rector des Spiels, auf der Bühne, raffig, durchdringend, schön und ein ganzer Kerl. Oskar Sabo schauspielert einen Angebrannten und tanzt als General, ist Liebhaber, Kavaller, kokettiert, stiehlt, reißt sich hinein und heraus, spielt sozulagen das ganze Stück allein. Und dieses Stück ist köstlich; wenn er ernst wird, so ist er doppelt komisch. Hertha Stolzenberg singt in Berlin nicht anders als in Charlottenburg; so hübsch wurde das sicher selten bei Apollo gehört. Ihre Grazie ist allerdings nicht gewachsen. Riffen mischer stand einen robusten Mann und führte durch Chöre diese ungenügende Rolle annehmbar. Frith Hirsch brachte durch die übliche Lustspieltrickhaftigkeit (die er persönlich schreckhaft machte) das Publikum zum Lachen, und sehr echt und treu war die Radja der Daisy Lorenz. Das Haus dankte der Vorstellung, die den Erfolg verbürgte und brachte.

Eine neue Bibel für die Amerikaner. Der Wettbewerb amerikanischer Geistlicher, die durch Schaffung irgendeiner sensationellen Neuerung ihrer Kirche einen neuen Reiz zu sichern bemüht sind, hat dem Pastor Potter, einem modernistischen Heißsporn der unitarischen Kirche, einen besonderen Gedanken eingegeben. Er hat öffentlich angekündigt, daß er mit der Zusammenstellung einer neuen, ausschließlich für Amerikaner bestimmten Bibel beschäftigt ist, deren einzelne Abschnitte er auf dem Wege des heute unvermeidlichen Rundfunks über ganz Amerika zu verbreiten gedenkt. Nach Rev. Potter braucht Amerika unbedingt eine neue Bibel, da die alte für das Land der Freiheit völlig ungeeignet sei. Seiner Ansicht nach steht Abraham Lincoln der amerikanischen Seele nicht weniger nahe als Jesus Christus, und Jane Wadams könne hinsichtlich der Bekämpfung der Uebel der Menschheit gut und gern die Debarth ersetzen. Die Briefe und Schriften Washingtons, Adams und Jeffersons sollen deshalb an die Stelle des alten Pentateuchs treten, denn es sei töricht, anzunehmen, daß eine große demokratische Nation, die die edelsten Geister hervorgebracht und die amerikanische Verfassung geschaffen hat, sich an einem vom Geiste des Orients befruchteten Werk, wie die Bibel es ist, bilden könne. Die Degner Potters, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, machen energisch Front gegen diesen nationalistischen Neuerer.

Die Volkshöhne ist gezwungen, das für den 15. März in der Wien Garnisonkirche angelegte Konzert auf ein späteres Datum zu verschieben.

Kampf gegen die kirchlichen Feindschaften in Russland. Die Abteilung für politische Auslandsarbeit in der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) will, wie der Dn-Express berichtet, einen Feldzug gegen die Feinde der Kirchenleitung leiten der Dn-Tag an einleiten. Es soll versucht werden, altgläubigen kirchlichen Feindschaften allmählich einen anderen und zwar einen weltlich-kommunistischen Charakter zu geben. Der Jubiläumstag z. B. soll zum Festtage des Kampfes gegen den Aberglauben werden, am Glastage ist ein „Fest der Naturkunde und der Elektrifizierung“ vorgesehen.

Das Mecklenburger Beispiel.

Noch immer keine neue Regierung.

Am Sonntag waren drei Wochen verstrichen, seit in Mecklenburg-Schwerin die Landtagswahlen stattgefunden haben und Deutschnationalen und Völkische Sieg und Heil riefen. Seitdem ist es merkwürdig still geworden, in den übrigen Reichsteilen wird man sich nicht wenig wundern, daß in Mecklenburg-Schwerin nach wie vor alles beim alten ist. Von einer Ministerpräsidentenschaft des Herrn v. Graefe ist auf der rechten Seite nirgendwo mehr die Rede, das „marxistische“ Kabinett Schilling waltet nach wie vor seines Amtes. Woran liegt es, daß die so laut verkündete Rechtsregierung ausbleibt? Ein interessanter Briefwechsel zwischen den beiden Siegerparteien, den Völkischen und den Deutschnationalen, der Anfang März erfolgte und jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, gibt den Aufschluß. Danach haben sich die Deutschnationalen bald nach der Wahl an die Deutschvölkischen gewandt, um gemeinsam eine Regierung zu bilden. Dazu wären sie mit den 19 Deutschnationalen und den 12 völkischen Mandatären gegenüber 26 Sitzen der Linken (15 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten, 2 Demokraten) bei 5 Volksparteilern und einem Wirtschaftsparteiler an sich imstande gewesen. Aber am 2. März teilte der Fraktionsführer der Deutschvölkischen, Roerichts-Neuhof, dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen, Herrn Dr. Knebusch-Gilström, mit, daß die völkische Fraktion „getreu den Grundrissen unserer Bewegung, nunmehr endgültig beschlossen hat, auf Grund des Wahlresultats an einem Kabinett selbst sich nicht beteiligen zu wollen“. Es sei „unumstößlicher Grundlag der miteinander verbündeten Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialisten, in keine Regierungskoalition einzutreten, sondern nur dann die Regierungsmacht selbst in die Hand zu nehmen, wenn damit für uns die volle Verantwortung verbunden ist“. Schließlich erklärten sich die Völkischen „bereit und gewillt, einem antimarkistischen Kabinett die verfassungsmäßige Basis im Landtag zu verschaffen“. Dafür stellten sie aber allerlei Bedingungen: Schutz der deutschvölkischen Freiheitsbewegung; Eintreten für die Deutschvölkischen dem Reich gegenüber; Entfernung aller Fremdstämmigen und Marxisten aus verantwortlichen Regierungstellen; Schutz aller Beamten bei deutschvölkischer Beteiligung. Nur — aber nur in diesem Falle wollten die Völkischen eine Regierung der Deutschnationalen und der Volksparteiler unterstützen.

Auf diesen völkischen beim trochen die Deutschnationalen indes nicht. Sie hatten augenscheinlich Angst, zu sehr der Spielball des völkischen Nationalismus zu werden. Zweifellos hätten wir in diesem Falle in Mecklenburg-Schwerin eine ernsthafte Barrikade zu den Vorkämpfern in Sachsen und Thüringen erhalten, als in diesen beiden Ländern die Kommunisten aktiv an der Regierung sich beteiligten. Die Deutschnationalen erklärten, daß bei dieser Haltung der Deutschvölkischen eine Regierungsbildung unmöglich sei, zumal bereits im Wahlkampf völkische Wahlkämpfer verkündeten, daß die völkische Partei ihrer Wessensart und Aufgabe noch gar kein Interesse daran habe, einen gut erhellenden Blod für die Regierung zu schaffen. „Wir erkennen nicht die schwerwiegenden Folgen — so heißt es in dem deutschnationalen Antwortschreiben — die das Unterbleiben einer Regierungsbildung für Mecklenburg-Schwerin mit sich bringt und haben deshalb auch die Möglichkeit ermozogen, ein Ministerium zu bilden, dessen Mitglieder nicht gerade als Vertrauensmänner Einzelner politischer Parteien berufen werden. Wir haben aber niemanden finden können, der bereit wäre. Denn auch die Nichtparteilichen tun den Völkischen nicht den Gefallen, den Herr Wulle unlängst für Thüringen verkündet hat: „Statt in der Regierung unterzugehen, übt die Freiheitspartei die Polizeiaufsicht über die bürgerliche Regierung aus.“ Trotzdem der deutschnationalen Fraktionsvorsitzende die Völkischen schließlich dadurch zu fördern suchte, daß er ihnen weitgehendes Entgegenkommen der Deutschnationalen zusicherte, wenn sie einen Vertrauensmann in das Ministerium entsenden und damit die Verantwortung für dessen Handlungen übernehmen, kündete die deutschvölkische Fraktion in ein m neuen Schreiben nochmals endgültig jede Beteiligung ab.

Unter diesen Umständen weiß heute noch kein Mensch, wie eine neue Regierung zustande kommen soll. Die Deutschvölkischen denken in ihrer rein agitatorischen Einstellung gar nicht daran, die durch ihren „Sieg“ bedingte Verantwortung zu übernehmen. Alle Wähler, die deutschvölkisch stimmten, haben also ihr höchstes Staatsbürgerrecht freilich verlernt. Sind dadurch schon für das kleine Landchen Mecklenburg-Schwerin unhaltbare Zustände geschaffen, so können man sich ausmalen, welches innerpolitische Drumher und Drüber mit seinen verhängnisvollen Wirkungen auf die Außenpolitik im Reich — erstrebte nicht, wenn die kommenden Reichstagswahlen auch nur ein ähnliches Stimmenergebnis haben sollten. Jede völkische Stimme, die in Mecklenburg-Schwerin abgegeben worden ist, erschwert die innere Ordnung; jede deutschvölkische Stimme, die bei der Reichstagswahl abgegeben wird, hemmt die wirtschaftlichen und staatlichen Weiterentwicklung und bringt uns bei der reinen Negation dieser Rechtschöpfungswesen innen- und außenpolitisch nicht vorwärts, sondern kleudert das deutsche Volk nur wieder zurück. Mecklenburg-Schwerin sollte daher für jeden Reichstagswähler ein warnendes Beispiel sein.

Helfferichs Vorstoß.

Gegen Schachts Goldkreditbank.

Die wichtigste Vorlage, die der Reichstag vor seiner Auflösung noch verabschieden soll, ist die über die Goldkreditbank. Sie sollte heute vormittag im Haushaltsausschuß beraten werden. Um das zu ermöglichen, ist der Beginn der Reichstagsitzung statt auf 2 Uhr auf 3 Uhr verschoben worden. Wider Erwarten aber ist die Durchberatung der Vorlage in einer Sitzung in Frage gestellt. Veranlassung dazu hat das Verhalten des Abg. Helfferich gegeben, der durch die Entstellung einer Geschäftsordnungsdebatte, die mehr als zwei Stunden in Anspruch nahm, die ohnedies außerordentlich kurz bemessene Zeit des Ausschusses noch erheblich verkürzte. Herr Helfferichs Vorstoß über dessen Motive noch näheres zu sagen sein wird, machte die Anwesenheit aller zuständigen Reichsminister erforderlich. Die Reichsminister betonten mit allem Nachdruck die Wichtigkeit der Vorlage und die Eilbedürftigkeit ihrer Verabschiedung, worauf dann endlich in die sachliche Beratung eingetreten werden konnte.

Es dürfte wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß Herr Helfferich, der Mann des skrupellosen Ehrgeizes, auch jetzt wiederum bei der Beratung dieser Frage, dieser für die Behebung der Kreditnot so wichtigen Vorlage, nicht völlig frei ist von einer Abneigung gegen den erfolgversichernden Konkurrenten, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Im übrigen muß das Auftreten der Deutschnationalen unter Helfferichs Führung den Eindruck erwecken, als ob sie jetzt mit einem Male eine Verzögerung der Erledigung der Vorlage über die Goldkreditbank auch eine hinauschiebung des Auflösungsstermins und der Neuwahlen zum Reichstage beabsichtigen. Denn wie ließe sich anders die Tatsache erklären, daß im Plenum des Reichstages die Deutschnationalen keine sofortige Auflösung verlangen, während sie hinter verschlossenen Türen alles darauf anlegen, daß diese sofortige Auflösung unmöglich wird.

Die Betriebsform der Straßenbahn.

Aktiengesellschaft oder G. m. b. H.

Nach monatelangen Beratungen hat der städtische Ausschuß zur Reorganisation der Berliner Werke jetzt endlich auch die Statuten und einen Betriebsvertrag für die Straßenbahn ausgearbeitet. Im Ausschuß kam eine Zufallsmehrheit für die Bildung einer Aktiengesellschaft zustande. Die sozialdemokratische Fraktion wird im Plenum erneut den Antrag stellen, es bei einer G. m. b. H. zu belassen. Für die Umwandlung einer Aktiengesellschaft besteht nicht der geringste Grund. Die Kostenrechnung des Herrn Hallenleben ist noch zu deutlich in Erinnerung. Als die sozialdemokratische Fraktion diesen Skandal im Rathaus zur Sprache brachte, hatten dieselben Zeitungen, die mit allen Mitteln für die Gründung einer Aktiengesellschaft eingetreten waren, die Frechheit zu sagen, der Magistrat habe es an der nötigen Sorgfalt fehlen lassen. Das ist in Berlin bei der bürgerlichen Presse so die sonderlich übliche Demagogie, wenn es gilt, dem Berliner Magistrat ein auszuweisen und die eigenen Sünden zu vertuschen. Auch stimmen die Ankündigungen des „B. T.“, eine Aktiengesellschaft könne die Kreditfrage leichter lösen, mehr wie bedenklich. Hinter dieser sogenannten Kreditfrage verbirgt sich nichts anderes als die Sehnsucht nach Beteiligung privater Kapitals an der Straßenbahn. Dazu liegt aber gar keine Veranlassung vor, nachdem infolge der Befestigung der Station und der veränderten Tarifpolitik der übrigen Berliner Verkehrsunternehmungen die Straßenbahn wieder einen durchaus erfreulichen Aufschwung nimmt und heute bereits wieder über beträchtliche Betriebsmittel verfügt. Wäre es nach den bürgerlichen Parteien gegangen, dann wäre heute schon nicht nur die Straßenbahn, sondern auch die großen Werke dem privaten Kapital ausgeliefert. Nur dem Widerstand der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, daß diese bürgerlichen Anschläge, die von volksparteilicher und demokratischer Seite besonders gefördert wurden, hinterzerrt worden sind. Jetzt denkt man auch auf bürgerlicher Seite über diese Dinge hier und da vernünftiger. Jedenfalls besteht begründete Aussicht, daß für die Bildung einer Aktiengesellschaft eine Ablehnungsmehrheit im Rathaus zustande kommt, und es dann bei einer Betriebs-G. m. b. H. bleibt. Ein Einzelheiten ist noch wichtig, daß nach den Beschüssen des Ausschusses der augenblicklich ausgeschaltete Stadtbaurat für das Verkehrsamt in Aussicht genommen sein soll und daß der etwas selbstherrlich operierenden Straßenbahnverwaltung die Verpflichtung auferlegt wurde, Fahrplan- und Linienänderungen dem Magistrat zur Genehmigung vorzulegen. Zu wünschen ist nur, daß die Erledigung der Vorlage im Plenum bald erfolgt.

Der „Fabrikbesitzer aus Amsterdam“.

Schwindel auf Kosten von Erwerbslosen.

Ein ungewöhnlicher Hochstapler wurde von der Kriminalpolizei festgenommen, der unter dem Namen eines Diplomingenieurs Dr. Felix Bloch in verschiedenen größeren Provinzstädten und endlich auch in Berlin Schwindelacten aller Art verübte hatte. Unter anderem hat er Arbeitslose zum Gegenstand seiner Betrügereien gemacht.

Vor einigen Tagen fragte im Schöneberger Stadtpaß ein Mann, der sich Dr. Bloch nannte, einen anderen nach dem nächsten Wege zum Bahnhof Charlottenburg, wo er ein Telegramm ausgeben wolle. Auf der Durchreise habe er in Wilmersdorf ein Lokal besucht und etwas über den Durst gezechet. Er sei eingeschlafen und habe beim Erwachen die unangenehme Feststellung machen müssen, daß ihm kein Geld und die Briefscheine mit 5000 Goldmark gestohlen worden sei. Jetzt habe er nichts mehr. Das Mißgeschick sei ihm um so unangenehmer, als er für seine Fabrik in Amsterdam in Berlin noch Erwerbslose habe anwerben wollen. Er zeigte auch eine Anzahl Adressen von Leuten, die er schon angenommen habe. Der Herr begleitete ihn nach dem nächsten Postamt. Er bot ihm auch ein Obdach in seiner Wohnung an, er würde ihm für die Geldsendung, die er telegraphisch bestellen wollte, seine Adresse angeben und gab ihm auch noch ein größeres Darlehen. Das telegraphisch erbetene Geld kam niemals, dafür aber verschwand „Dr. Bloch“. Es gelang der Kriminalpolizei, ihn aufzuspüren und festzunehmen. Er entsponne sich als ein 30 Jahre alter Felix Bloch, seine Fabriken in Amsterdam und Hannover sind Phantasiegebilde, die er zu Schwindeln benutzte. Wie die Ermittlungen ergaben, hat er in der Tat schon eine ganze Reihe von Erwerbslosen aller Art für seinen Hauptberuf angezogen. Auch ihnen habe er sein Mißgeschick und seine Verlegenheit mitgeteilt und sie hatten sich überreden lassen, ihm auszu helfen, soweit sie konnten. Der Schwindler schickte die Leute sogar auf den Weg nach Amsterdam und gab ihnen eine Bescheinigung mit, auf die sie bei einem Justizrat in Hannover eine Ratschuld abgeben könnten, die so viel Geld enthalte, daß es ihr Fortleben und die Reisekosten von Hannover nach Amsterdam decken würde. Er hat merkwürdig die Arbeitslosen, daß sie einem unerschämten Betrüger in die Hände gefallen waren, der mit seinen Schwindelacten auch nicht vor ihrer Armut Halt gemacht hätte. Weitere Mitteilungen über das Treiben des Gauners nimmt Kriminalkommissar Binneemann im Polizeipräsidium entgegen.

Der Gastod.

Heute morgen meldete der Verwaltungsinspektor Artur Halle auf der Wache des 193. Polizeiregiments in Steglitz, daß in einem Wohnhause in der Hallesstr. 33 aus der Behausung der Frau Elisabeth Funke starker Gasgeruch dringe. Ein Polizeibeamter begab sich nach dem betreffenden Hause und fand nach gewöhnlicher Öffnung der Tür Frau Funke und ihren achtjährigen Sohn tot im Bette liegend auf. Der Hauptmann des Zöcher war neugierig und keine Schranke gelöst, so daß das Gas in großen Mengen ausströmen konnte. Durch eine schadhafte Stelle waren außerdem große Gasengen in die Räume des oberen Stockwerks gedrungen und hatten dort den Kaufmann Willi Krüger und eine Frau Martha Gienke betäubt. Beide mußten nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden. Nach den angefertigten Ermittlungen scheint es sich um einen Selbstmord der Frau Funke zu handeln.

Kurz vor Redaktionsschluss wird uns aus Potsdam eine ganz ähnliche Tat gemeldet: Bewohner eines Hauses in der Lichtstraße in Potsdam nahmen einen starken Gasgeruch wahr. Als auf das Klopfen bei der Arbeiterin Ida Pokalski nicht geantwortet wurde, holte man die Polizei. Diese fand die 24jährige Pokalski mit ihrem Geliebten, dem 27jährigen Gezeiten Richard Müller, im Kleiderkammer als Leichen vor. Beide hatten weiße Kleidung angelegt, den Schrank mit nassen Tüchern abgedichtet und den Gasstrom in den Schrank hineingeleitet. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die Pokalski ihren Geliebten zum Selbstmord gezwungen hat.

Hochzeit im Zuchthaus?

Der zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte Drogist Bod will sich jetzt im Zuchthaus verheiraten. Bod hatte seinerzeit zusammen mit dem Geizhalsknecht Ernst und Gertrud Häppler einen Raubmord an dem Kaufmann Wölfner verübt, den das Verbrechen in seinem Hotelzimmer überfiel und tötete. Bod war verheiratet, hatte Frau und Kind, daneben aber eine Geliebte, was aber der rechtmäßigen Ehefrau erst nach der Aufdeckung des Verbrechens bekannt wurde. Sie hat sich daraufhin

von ihrem ungetreuen Ehemann scheiden lassen. Jetzt hat Bod an die Strafvollzugsbehörde das Gesuch eingereicht, die Trauung mit seiner Geliebten zu genehmigen.

Kann so dem Zoo geholfen werden?

Als im vorigen Winter der Berliner Zoo in Gefahr war, wegen Mangel an Mitteln völlig eingehen zu müssen, wurde in der Öffentlichkeit die Frage aufgegriffen und erörtert, wie dem Zoo geholfen werden könne. Wir erinnern uns nicht, daß dabei auch der Vorschlag gemacht worden wäre, durch ein möglichst hohes Eintrittsgeld die Finanzen des Zoo aufzubessern, ohne nach der Zahlungsfähigkeit der breiten Masse des Volkes zu fragen. Das hätte ja auch schlecht zu der damals immer wieder abgegebenen Erklärung gepaßt, daß der Zoo nicht nur eine Unterhaltungsstätte für ein kleines Häuflein besessener Leute, sondern auch eine Stätte der Belehrung für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung sein müsse und müsse. Um so weniger ist es zu verstehen, daß jetzt ein Eintrittspreis genommen wird, der erheblich über den vor dem Kriege geforderten Betrag hinausgeht und es sehr vielen Familien ganz unmöglich macht, den Zoo noch zu besuchen. Ein Veler unseres Volkes fragt, daß am letzten Sonntag, der durch prächtigen Sonnenschein viele Lusthungrige ins Freie lockte, der Zoo 2 M. Eintrittsgeld (für Kinder unter 10 Jahren die Hälfte) nahm. Er selber mußte, da ihm dieser Preis unerträglich war, mit seiner Familie auf den Besuch des Zoo verzichten, und gleich ihm taten es viele andere, die am Eingang die Höhe des Eintrittspreises erfuhr und mit enttäuschten Gesichtern umkehrten. Wir glauben nicht, daß es zum Vorteil des Zoo sein kann, ihm die breite Masse der Bevölkerung zu entfremden und ein Preisgeld auf ihn dem kleinen Kreis der wenigen zu schaffen, die solche Preise zahlen können. Unser Gewährsmann fragt: „Ist denn der uns einfließende Zoo nur noch für Kaffees da?“ Und wir fragen: Kann so dem Zoo geholfen werden? Oder hat er vielleicht heute die Hilfe nicht mehr nötig?

Schulferien 1924.

Wir geben zur Orientierung unserer Leser im folgenden eine Übersicht über die Schulferien dieses Jahres.

Schuljahr	Schulbeginn
Osterferien, Freitag, 11. April	Donnerstag, 24. April
Winterferien, „ 6. Juni	Dienstag, 17. Juni
Sommerferien, „ 4. Juli	12. August
Herbstferien, Dienstag, 30. Sept.	Freitag, 10. Oktober
Weihnachtsf., Sonnab., 2. Dez.	Dienstag, 6. Januar 1925

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht einmütig in dem unerledigten Arbeitspensum, das sie aus einer Sitzung in die andere mitschleppen muß. Die Sekretäre von rechts und von links sorgen mit vereinten Kräften dafür, daß die Arbeit möglichst aufgehalten wird. Für die nächste Sitzung, am Donnerstag um 1/2 11, stehen auf der Tagesordnung wieder 7 Anträge (hauptsächlich aus früheren Sitzungen übernommen) und 12 Entwürfe (davon 8 aus früheren Sitzungen übernommen). Mehrere zur oralen Diskussion bedürftige Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen lassen wieder einen „genügsamen“ Abend erwarten.

Sprecher für Proletarische Ferienf. am Donnerstagabend, 11. April, 11 Uhr im Sitzungssaal der Volksbildungsvereine, Weinmeister Str. 16/17; Vortrag über Erwerbslos. am Freitag, 12. April, 11 Uhr im Sitzungssaal der Volksbildungsvereine, Weinmeister Str. 16/17; Vortrag über Erwerbslos. am Samstag, 13. April, 11 Uhr im Sitzungssaal der Volksbildungsvereine, Weinmeister Str. 16/17.

22 Todesurteile.

Aus Moskau wird gemeldet, daß vor dem Minister Bezirksgericht in Krasnodar dieser Tage, wie der Ost-Express berichtet, die Mitglieder der Bande des Räubers Monitsch abgeurteilt wurden, die im Spätherbst des vorigen Jahres die westlichen Bezirke Sowjetrußlands unsicher gemacht hatte. Monitsch selbst ist nach Polen entkommen. Die bekannteste seiner Taten war ein gewöhnlicher Raubüberfall auf den Schnellzug Mosk.—Moskau im Oktober 1923, wobei dem im Zuge befindlichen italienischen diplomatischen Kurier Marinetti 12 000 Dollar geraubt wurden, was damals großes Aufsehen erregte und in der westeuropäischen Presse als Beweis für die unsicheren Zustände in Sowjetrußland herangezogen wurde. 22 von den Räubern wurden jetzt vom Sowjetbezirksgericht zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten lange Haftstrafen. Monitschs Geliebte, die zuerst auch zum Tode verurteilt worden war, wurde zu 6 Jahren Gefängnis begnadigt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

30. Okt. Donnerstag, 4. Uhr, Mittelbergsammlung in der Schulaula, Tempel- oder 40/41. Referent: Genosse Ernst Hellmann, W. 6. 2.
31. Okt. Freitag, 7. Uhr, Mittelbergsammlung in der Schulaula, Tempel- oder 40/41. Referent: Genosse Ernst Hellmann, W. 6. 2.
1. Nov. Samstag, 8. Uhr, Mittelbergsammlung in der Schulaula, Tempel- oder 40/41. Referent: Genosse Ernst Hellmann, W. 6. 2.

Sport.

Der letzte Tag des Sechstagerrennens.

Van Ref-Moestops geben auf!

Nach der 2-Uhr-Nachwertung, deren Ergebnis wir unten mitteilen, entseht es bald eine Jagd. Infolge der guten Abklärung durch seinen Partner Bauer kann die Mannschaft ihren Vorsprung vergrößern. Bei dieser Jagd kommt Rizzato zu Fall. Stellbrink springt ein, muß aber bald die Bahn wegen Ausschüttigkeit verlassen. Da beide Fahrer zugleich fehlen, gibt es eine Runde Verlust. Erst später kann Rizzato das Rennen fortsetzen. Moestops beendet die Jagd, das Feld ist wieder geschlossen. Der Rennausgang verhängt über van Ref-Moestops und Storm. Die Remolen in eine Strafrunde wegen schlechten Abfahrens. Van Ref-Moestops sehen sich deswegen veranlaßt, das Rennen anzugehen! Saldow-Bauer bildet mit die Spitzengruppe vor Krupat-Hühle, Lorenz-Teichner, Sawall-Stabe, Oliver-Tonani und Kroll-Wittig. Bald folgt eine neue Jagd. Koch ist der Angreifer. Das Ergebnis ist, daß die Mannschaft Koch-Schrage eine Runde zurückgewinnt. Der Amerikaner Taylor, dessen Angriffsstärke überhaupt stark ist, wagt eine dritte Jagd, die aber für Taylor-Jahn wegen schlechten Abfahrens keine Erfolge bringt. Wittig-Kroll und Koch-Schrage müssen jedoch hierbei je eine Verlustrunde einstecken. Der Sturz Rizzetos erwies sich doch schwerer als wie anfangs angenommen wurde. Er muß das Rennen aufgeben. Stellbrink fährt verlustig als Ersatzmann mit einer Verlustrunde und 63 Punkten weiter. Dann gibt der Rennausgang bekannt, daß die Mannschaft Saldow-Bauer, Lorenz-Teichner und Sawall-Stabe eine Strafrunde wegen inkorrekt abgefahren erhalten. — Den ersten Spurt in der 2-Uhr-Nachwertung gewinnt Koch vor Moestops, Storm und Lorenz. Im zweiten Spurt scheidet sich Stabe in blendender Form den ersten Platz vor van Ref, Bauer und Stefemolen. 3. Spurt: 1. Jahn gegen Lorenz, Moestops und Saldow. 4. Spurt: 1. van Ref vor Bauer, Stabe und Krupat. 5. Spurt: Lewanow zeigt sich hier in guter Form und posiert vor Stellbrink, Oliver und Saldow. 6. Spurt: 1. van Ref vor Rizzato, Bauer und Stabe. — Der Stand des Rennens ist jetzt folgender: 1. Krupat-Hühle 125 P., Oliver-Tonani 24 Punkte. Eine Runde zurück: van Ref-Moestops 216 P., Saldow-Bauer 147 P., Lorenz-Teichner 106 P., Ritt-Lewanow 102 P., Sawall-Stabe 93 P., Taylor-Jahn 44 P., Wittig-Kroll 12 Punkte. Zwei Runden zurück: Storm-Stefemolen 75 Punkte. Drei Runden zurück: Koch-Schrage 20 Punkte.

Gewerkschaftsbewegung

„Es muß etwas geschehen!“

„Das ist die Stimmung breiter Mitgliebertmassen in der (kommunistischen) Partei und auch die Stimmung in weitesten Kreisen der politisch nichtorganisierten Arbeiterschaft, wenn es sich um die Gewerkschaftsfrage handelt.“ Mit dieser Begründung, die sich auf dem gleichen Tiefstand bewegt wie die ganze kommunistische Sache, wird in der „Roten Fahne“ die von der herrschenden Scholien-Richtung der KPD. von den kommunistischen „Gewerkschaftsbongru“ geforderte größere Aktivität gegen die Gewerkschaften, eingeleitet.

„Die Berliner Bezirksleitung (der KPD.) und der Zentralvorstand der (kommunistischen) Partei von Berlin-Brandenburg haben sich eingehend mit der Gewerkschaftsstatistik (der Kommunisten) beschäftigt und sind zu der Überzeugung gelangt, daß eine andere Anwendung unserer (der kommunistischen) Gewerkschaftsstatistik (partiell) politisch notwendig ist.“

Die Gewerkschaften seien nicht mehr Klassenkampforgane des Proletariats, sondern seien immer mehr und mehr darauf hin, gelbe Regierungsorgane und Streikbrecherpersone zu werden. Die „revolutionären“ Arbeiter müssen deshalb den Gewerkschaften die Massen nehmen, die ihnen heute noch, wenn auch nicht in dem Maße wie früher nachlaufen. Sie (d. h. die Kommunisten) müssen aber auch die gewerkschaftlich nicht mehr organisierten organisatorisch zusammenschließen.

„Es müssen die Massen in den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen und in den Gewerkschaften wirksam mobilisiert werden, damit es etwa nicht nur ein Kongreß der „ausgeschlossenen Verbände“, der „oppositionellen Ortsgruppen und einiger kleineren Ortsstellen“ wird, nämlich der kommunistischen Mailongreß, auf dem die ganze revolutionäre Arbeiterschaft vertreten sein muß, um gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie den gebührenden Schlag zu führen.“

Kurzum, das ganze bisherige kommunistische Treiben in und gegen die Gewerkschaften soll noch überboten werden. Die kommunistischen Parteigänger legen es darauf an, die Leitung der Gewerkschaften an sich zu reißen, oder aber ausgeschlossen zu werden. „Der kommunistische Disziplin ist mit allen Mitteln und rücksichtslos Geltung zu verschaffen... Kämpfende und Arbeitslose müssen jederzeit den Anordnungen der revolutionären Kampfleitung Achtung verschaffen. Vorgehen nach einem einheitlichen Plan! Dann werden die Reformisten erledigt werden.“

Dieser Plan sieht insbesondere vor, die Gewerkschaftsmitglieder in aussichtslose Streiks zu treiben. Die „Reformisten“, die sich gegen ein selbstmörderisches Treiben wenden, werden als Streikbrecher beschimpft, oder, wenn sie den kommunistischen Spießstachel mitmachen, als „unfähige reformistische Führer“ geächtet, nachdem der milde Streik vorzeitig beendet ist. Daß sie auch für die Unterbringung der Gemeindefremden verantwortlich gemacht werden, ist selbstverständlich. „Es darf kein Ruhm und kein Raufen, keinen ruhigen „Kaufbau“ geben, solange den reformistischen Führern noch größere Massen nachlaufen.“ Die Massen sollen den Schoen, Schumacher und wie diese kommunistischen „Bonzen“ alle heißen, nachlaufen, die die Befehle aus Moskau apportieren.

„Es muß etwas geschehen!“ In der Tat, wo es noch nicht zu spät ist, muß etwas geschehen, um die Gewerkschaften vor dem Ruin zu bewahren. Die Kommunisten arbeiten bewußt darauf hin, die Gewerkschaften zu ruinieren. Die Gewerkschaften haben der Durchführung des Moskauer Parteiprogramms im Wege, also müssen sie beseitigt werden. Die bisherige Taktik der ADGB-Verbände bedarf einer gründlichen Nachprüfung. Den tatsächlichen Rücksichten darf nicht das Organisationsganzes geopfert werden. Wenn die reformistische Bureaukratie den Moskauer Drahtzieher auch den Gehellen nicht tun wird, daß sie ohne weiteres „zu Massenaustritts greift“, auf die es die Moskauer Broschüren anlesen und mit denen sie rechnen, so muß doch wohl oder äbel die Offensiv zur Abwehr ergriffen werden. Wollen die Kommunisten die Gewerkschaftsmitglieder zu plan-, regel- und ziellosen Streiks treiben, um sie durch Niederlagen zur Vereinnahmung zu treiben, dann mögen sie dies in ihren kommunistischen Sonderorganisationen tun. Sie mögen dann wie jetzt die Berliner Maßschneider streiten, um ihre Anerkennung als Tarifkontrahenten zu erzwingen, die zwar nicht „revolutionär“, sondern durchaus „reformistisch“ ist. Die Nachläufer der Moskauer Parolen mögen durch Schaden klug werden, wenn sie die jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrung missachten zu können glauben. Unsere Gewerkschaften aber müssen den Mut haben, ihren Sachungen und maßgebenden Beschlüssen unter allen Umständen die nötige Geltung zu verschaffen. Eine friedlich-schiedliche Auseinandersetzung mit systematischer Schurkerei ist unmöglich. Aufklärung der Belehrenden, Bekämpfung der Schädlinge und der Moskauer Söldlinge!

Im Dienste der Straßenbahn.

Ein Schwerbeschädigter.

Ein Arbeiter, der vor Jahren im Betriebe der Berliner Straßenbahn einen Unfall erlitten hat, der seine Erwerbsfähigkeit um 75 Proz. verminderte, wird als Schwerbeschädigter auf einem Straßenbahnhofs mit leichten Arbeiten beschäftigt. Außer anderen körperlichen Schäden plagt ihn eine schwere Magenkrankheit, die ihn öfter arbeitsunfähig macht. Da solche Schwerbeschädigten oft über Ruine sind und sich über jede Kleinigkeit ärgern, ist es kein Wunder, daß einer im Kreise seiner Kollegen auch einmal auf die Direktion kimpft. Die anderen Arbeiter tun es mitunter auch, und meist nicht ganz ohne Grund. Der Schwerbeschädigte ist bei solchen Gelegenheiten insofern erregten Zustandes oft der lauteste. Das wird den Vorgesetzten hinkerbrot, die ohnehin mit ihm unzufrieden sind, weil er nur wenig arbeiten kann. Sie halten den Mann für eine Last im Betriebe. Eines Tages wird der Mann wieder von seinem Wagenüberfall befallen und geht zum Arzt, ohne dies seinem Vorgesetzten zu melden, der es aber sofort von einem anderen Arbeiter erfährt. Der Kranke hat — so heißt es — ohne Genehmigung des Vorgesetzten seine Arbeitsstelle verlassen, er wird deshalb fristlos entlassen.

Beim Gewerbegericht klagt er unter dem Beistand des Betriebsrats und eines Verbandesvertreeters auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Ein Vertreter der Direktion spricht vor Gericht viel von dem sozialen Empfinden und der Humanität der Direktion, aber das Auftreten des Herrn macht es schwer, seinen Worten unbedingt zu glauben, umso mehr, als er dem Gericht einen Schriftsatz eingereicht hat, worin der Kläger als ein Ausbund von Faulheit geschildert wird. Unter anderem heißt es in dem Schriftsatz, der Kläger besitze den Grundbesitz, „daß Beschäftigung nicht in Arbeit ausarten darf“.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Klägers und dem Vertreter der Direktion kam das Gericht zu dem Urteil: Ein Grund zur fristlosen Entlassung liegt nicht vor. Die Entlassung ist eine unbillige Härte. Von einem unbefugten Verlassen der Arbeit kann keine Rede sein, denn keine Krankheit veranlaßt ihn, fortzugehen. Wenn er seinem Vorgesetzten keine Mitteilung davon machte, so konnte er annehmen, daß das von anderer Seite geschehen würde, und es ist ja auch geschehen. Die üble Nachrede gegen die Direktion liegt zeitlich weit zurück, auch andere Arbeiter haben sich daran beteiligt, die Absicht einer gröblichen Beleidigung kann daraus nicht gefoltert werden. Aus diesen Gründen wird die Straßenbahndirektion verurteilt, den Kläger weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 50 Goldmark zu zahlen.

Bei Schwerbeschädigten dürfte keine Entschädigung, sondern nur Wiedereinstellung zulässig sein. Eine Entlassung dürfte dann erst erfolgen, wenn eine andere geeignete, bzw. geeignete Beschäftigung für sie gefunden ist.

Versicherungsamt gegen Krankenkassen.

Ein Kapitel zum Beamtenabbau.

Man schreibt uns: Auf in der Zeit des Abbaues und der Sparmaßnahmen hat sich in Halle a. d. S. eine Staatsaktion abgepielt, die jetzt wie gepoltert wird. In der Spitze des Versicherungsamts, der Aufsichtsbehörde über die Krankenkassenversicherung, steht Herr Geheimrat Finger, Professor der Rechte an der Universität. Dieser begann mit dem Abbau schon ein halbes Jahr früher als die Reichsregierung. Er machte den Anfang bei den Betriebsräten, indem er den Vorstand der Krankenkasse in Halle anwies, drei Betriebsratsmitglieder fristlos zu entlassen. Der Kassenvorstand sprach daraufhin die Entlassungen ordnungsgemäß aus. Die Betriebsratsmitglieder riefen den Schlichtungsausschuss an. Dieser erklärte durch endgültige Entscheidung die Entlassungen für ungerechtfertigt und den Kassenvorstand für verpflichtet, die Entlassenen wieder einzustellen. Der Vorstand stellte die Betriebsratsmitglieder wieder ein.

Der Herr Professor Finger erhob zunächst beim Schlichtungsausschuss dagegen Beschwerde und weiter beim Demobilisierungskommissar. Der Herr Professor erhielt eine neue gebührende Verfügung an die Krankenkasse, die angeordneten Entlassungen durchzuführen. Als das nicht half, ordnete der Herr Professor an, daß den drei Angestellten aus Kassensmitteln kein Gehalt mehr gezahlt werden dürfe. Da der Vorstand sich auf diesem ungesetzlichen Eingriff des Herrn Geheimrat nicht unterwarf, wählte der Herr Professor gegen den Vorstand. In einer weiteren Verfügung an den Kassenvorstand ordnete er an, daß dieser gegen den Kassenvorstand Klage auf Erstattung der ausbleibenden Lohnsätze an die Betriebsratsmitglieder ausbezahlt werden solle. Der Ausschuss tat, wie ihm gebiethen, und beauftragte einen Anwalt. Der Anwalt reichte die Klage beim Landgericht ein. Da Klagen heute aber viel Geld kosten, und von der klagenden Partei beträchtliche Vorläufe eingezahlt werden müssen, forderten Gericht und Anwalt Kassensmittel von weit über 1000 Goldmark. Der Ausschuss verfügt nicht über Geldmittel und wandte sich deshalb zunächst an Herrn Finger, der aber dank ablehnte und an den Kassenvorstand verwies. Soll dieser nun Gelder hergeben zu einer Klage gegen sich selber?

Die Maßnahmen dieses Herrn haben eine Schlinge von Beschwerden, Klagen und Prozessen nach sich gezogen. Sein Anschlag auf die Grundrechte der Betriebsräte hat die Angestellten monatelang beunruhigt. Die unbegründeten Angriffe auf das Selbstverwaltungsrecht der Kassen haben unzählige Verfahren notwendig gemacht. Es ist gar nicht auszubedenken, wieviel Zeit, Geld und Kraft damit nutzlos verschwendet ist.

Darum, Herr Wohlfahrtsminister: Hier können Sie sparen!

Beamtenpolitik des Finanzministers.

Im „Deutschen Beamtenbund“ ist folgendes Schreiben des Preussischen Finanzministers, das unterm 22. Februar 1924 an die übrigen Minister Preussens gerichtet wurde, zum Abdruck gelangt: „Es erscheint nicht angezeigt, den Beamten über die Möglichkeit des Einspruchs gemäß § 22 ff. zu belehren. Im allgemeinen wird auch davon Abstand genommen werden müssen, ihn bei der Berechnung in den einseitigen Ruhestand oder bei der Entlassung den Dank und die Anerkennung auszusprechen. Es wird davon jedenfalls abzusehen sein, wenn zu befürchten ist, daß dadurch ein etwaiger Einspruch untertätig werden könnte.“

Hierzu wird uns aus Beamtenkreisen geschrieben: „Während die neuzeitliche Entwicklung der Rechtspflege dahin treibt, dem Rechtsuchenden von Amtes wegen Unterstützung bei der Verfolgung seiner Rechtsansprüche zuzukommen zu lassen, ihn insbesondere über offensichtliche formale Mängel aufzuklären und ihn auf die weitere Verfolgung seines Anspruchs an anderer Stelle hinzuweisen, bewegt sich die „neuzzeitliche“ Beamtenpolitik in umgekehrter Richtung. Den Berufsorganisationen der Beamenschaft ermächtigt daraus eine neue Aufgabe, die eigentlich den Organen des Preussischen Staates zukommen müßte: Die Aufklärung ihrer Mitglieder über die Möglichkeit eines Einspruchs (sowie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind) und die dabei zu beobachtenden Formen (Fristwahrung usw.).“

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik geht weiter. Die Verhandlungen, die gestern im Laufe des Tages zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Hafendetriebsverein stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Der Streik umfaßt den gesamten Hafenbetrieb, sowie die mit dem Hafen verbundenen und von ihm abhängigen Berufsgruppen. Außer Bremen ist auch Bremerhaven in den Hafenarbeiterstreik einbezogen worden.

Wirtschaft

Kämpfe im mitteldeutschen Braunkohlensyndikat!

Die Mittelwerke Westeregeln erwarben vor einigen Jahren von der Gewerkschaft Archibald einen größeren Bergwerkseigentum, worauf sie zur Braunkohलगewinnung eine Doppelschichtanlage namens Tringard errichteten. Nachdem die Anlage fürderfähig war, mußte sie auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes dem Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat beitreten. Ein freiwilliger Anschluß erfolgte aber nicht, so daß der Reichswirtschaftsminister ihn nach demselben Gesetz verordnen mußte. Dieses Zwangsmittel ist nun ein recht unruhiges Element im Syndikat, mit dem dann auch keine Einigung über die Abgabquote erzielt werden konnte. In Ueberspannung der Kräfte forderte Westeregeln eine jährliche Abgabmenge von über 1 Million Tonnen Rohbraunkohle, während dieses Syndikat gut 25 Prozent dieser Förderung zugesprochen wollte, wodurch die Leistungsfähigkeit nicht genügend berücksichtigt war. Ein Ausschuß des Reichskohlenrates, der als Berufungsinstanz von Westeregeln angegangen wurde, setzte nach eingehender Prüfung die Beteiligungsziffer auf 550 000 Tonnen im Jahr fest. Auch damit ist nun Westeregeln nicht zufrieden und hat deshalb seine Zwangsmittelmaßnahme im Syndikat zum 31. März 1925 gekündigt, ein Recht, wovon es nach dem Syndikatsvertrag Gebrauch machen kann.

Dieses unbedeutende Vorkommnis hat nun eine Geschichte aber von Westeregeln unabhängige und doch nicht uninteressante Regie zum Anlaß genommen, um den Schein zu erwecken, als fälle nunmehr das Syndikat auseinander. In diesem Syndikat sind nämlich die Bestrebungen, das „sozialistische“ Kohlenwirtschaftsgesetz zu beseitigen, sehr stark vertreten. Einige seiner hervorragendsten Mitglieder haben sich schon wiederholt hinter den Reichsverband der deutschen Industrie gestellt und ihn bewegen, Eingehen an das Reichswirtschaftsministerium zu richten, worin um die sofortige Beseitigung des Kohlenwirtschaftsgesetzes erlucht wurde, dessen Bestehen die „Bewahrungssucht der sozialistischen Gemeinwirtschaft“ und verlangten, daß mit ihr endlich gebrochen werde. Hinter den Schloßwänden wird der wahre Grund verdeckt, nämlich: die kapitalistischen Kreise wollten unkontrolliert von der Allgemeinheit, über das Nationaleigentum Kohle verfügen. Darauf kann ein Staat, der auf seiner Selbstbehauptung auch gegenüber den sehr mächtigen Bergwerksindustriellen bestehen will, nicht eingehen. Das unbedeutende Vorkommnis, die von einem Syndikatsmitglied ausgesprochene aber noch lange nicht abgelaufene Kündigung, wurde nun in sehr geschickter Weise von Syndikatsfeindlicher Seite auf schnellstem Wege durch die ganze Presse verbreitet und damit der Ansicht erweckt, als sei das Syndikatsgebäude sehr gelockert und breche schon bald zusammen. In Wirklichkeit würde natürlich das Syndikat nicht zusammenbrechen, auch wenn Westeregeln nicht Mitglied wäre. Sollte bis zum Ablauf der Kündigung keine Einigung erzielt werden können, dann hat das zu geschehen, was früher schon geschah, nämlich die Mitgliedschaft zum Syndikat durch Verordnung herbeizuführen.

Der inländische Kalialibah im Februar.

Der Inlandsablaß an Kali hat sich im Februar wesentlich gehoben, reicht aber an denjenigen in den entsprechenden Monaten des Vorjahres nicht heran. Das geht aus folgenden vom Kalialibah veröffentlichten Zahlen hervor:

	Kalialibah in Doppelzentnern Monatlich		
	1923	1924	1924
Januar	1 281 747	629 508	248 000
Februar	881 177	716 122	405 000

Der Monat Februar 1924 hat infolge der Kreditabschlüsse eine Besserung gebracht; jedoch ist der Stand des Jahres 1922, das immerhin als Mitteljahr angesehen werden kann, noch lange nicht erreicht. Der mangelnde Abschluß wirkt sich auch in der Förderung aus.

Nach den Angaben des Thüringischen Statistischen Landesamts stellte sich die Förderung im Südharrzgebiet auf 726 070 Tonnen (1922 dagegen auf 968 558) und im Westergbiet auf 1 415 329 Tonnen (1 623 022 Tonnen). Insofern wurden in Thüringen gefördert im Jahre 1923 rund 2 159 399 Tonnen gegen 2 591 580 Tonnen im Jahre 1922.

Erweiterung der Kölner Messe. Es ist ein bemerkenswertes Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, daß die Produzenten sich zu den Messen drängen, um ihre Waren anzubieten. Durch den über Erwarten starken Andrang zur Kölner Messe am 11. bis 17. Mai ist der Aufschwung der Kölner Messeindustrie bemerkenswert worden, sich mit der Frage der sofortigen Erweiterung der Kölner Messeanlagen zu beschäftigen. Es ist nun beschlossen worden, für die Frühjahrmesse mit Bauauslösen der Aussteller provisorische Messehallen zu errichten und zwar soll die Ausstellungsfläche um 11 000 Quadratmeter erweitert werden. Die Hallen werden so in die Messeanlagen eingegliedert, daß das einheitliche und übersichtliche Bild der Messe nicht gestört wird. Sie sollen auch für die folgenden Messen stehen bleiben, bis der geplante mehrjährige Erweiterungsbau der Messe fertiggestellt ist. Der Aufsichtsrat hat ferner beschlossen, die Kölner Herbstmesse in der Zeit vom 14. bis 19. September abzuhalten.

Kohlenpreiserhöhung in Polen. Die „Gazeta Warszawska“ meldet, haben die Industriellen von Dombrowa die Kohlenpreise um weitere 10 Prozent herabgesetzt. Eine noch größere Erhöhung wird für die polnische ober-schlesische Kohle erwartet. Im Hinblick auf die Anfangs Februar erfolgte Kohlenverbilligung um 30 Proz. würde der Preis für die polnische Kohle sich niedriger stellen als die Weltmarktpreise.

Rechtsanwalt für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Bruno Göttern; Gewerkschaftsbewegung: A. Göttern; Realitäten: A. Göttern; Soziales und Sozialen: A. Göttern; Anzeigen: E. Göttern; (amtlich in Berlin). Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Götter u. Co., Berlin S. O. 66, Lindenstraße 2.

Am Montag, den 10. März 1924 verstarb unser lieber Mitarbeiter, Genosse

Alwin Körsten.

Seit Gründung des Geschäftes im Jahre 1902 gehörte er unserem Aufsichtsrat an. 22 Jahre harmonischer Zusammenarbeit hat ihn uns allen wert und teuer gemacht, als Muster treuester Pflichterfüllung. Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorwärts - Buchdruckerei.

Die Beisetzung findet am Freitag, den 14. März 1924, nachmittags 2½ Uhr von der Halle des Zentralfriedhofes aus statt.

Erfinder
ratis geg. Rückpost
F. Erdmann & Co.
Berlin, Königstr. 107/108

Gardinen

Sonderangebote - Kleide
in **Roten**
Streifen, Brillanten
Wasser und
Wasserfarben.

Jan. 1. - Berlin - Westend
Königsallee, Bergstr. 67
am Ringbahn 6

Ein neuer Gestalt
Jes. hat Verdienste
mal hier Vorwärts
erhalten Vorwärts
errende und

Neu eröffnet!

Möbel - Speicher

135 Große Frankfurter Strasse 135
Komplette Wohnungs-Einrichtung mit
Küche und Teppich 495.-, Herren-,
Speise-, Schlafzimmer, Küchen, Klöb-
garnituren, Einzelmöbel. Engros-Preise.

Teilzahlung gestattet!

Zähne 1 u. 2 Teilzahlung

verfertigt b. 1 Anzahlg., wöc. e. st. Abzahlg., von
10.- M. an. Echte Gold-Platinen v. 8.- M. an. Zahnr.
ronen v. 3.- M. an. Zähne ohne Gummiplatte v.
3.- M. an. Zahnr. mit Reibung 10.- M. an. Bestelle
von Gebissen gratis Rat und Munduntersuchung gratis
3 Jahre weltgehende Garantie. Ueber 2000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Strickwesten

Bleyes Kinderkleidung
länd. großes Fabrikager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einzelverkauf

Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage
in Berlin, Wilmersd.
Blg.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
(Ecke Breite Straße)

Teilzahlung

Anzüge

Paletto's

in großer Auswahl
moderne Ausführung
sehr preiswert

Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100
Einpang Möbelgeschäft

Besuchtaschen

w. e. Bild 24x33 cm
prima Auto-Rindler 9.80
Krokodil-Narb. braun 4.50

Coupeköffer

von 3.00 an

Damentaschen bis zu den elegantesten

Koffer tasche, prima Auto-Rindler, 24 cm. 16.75
Krokodil-Narb. V. Leder, 24 cm. 6.50
Sozialist. Auto-Indack 1.00

Aktenmappen, Rindler mit Griff 7.50

Mantelgeltaschen von 9.50 M. an.

Lederwarenfabrik P. Metzler

Aut. Bl. 20. v. h. Kauf
Prinzipalstr. 19, 1. Etage, Moabitstr. und Ritterstraße
11-16, 11-12, 11-13, 11-14, 11-15, 11-16, 11-17, 11-18, 11-19, 11-20, 11-21, 11-22, 11-23, 11-24, 11-25, 11-26, 11-27, 11-28, 11-29, 11-30, 11-31, 11-32, 11-33, 11-34, 11-35, 11-36, 11-37, 11-38, 11-39, 11-40, 11-41, 11-42, 11-43, 11-44, 11-45, 11-46, 11-47, 11-48, 11-49, 11-50, 11-51, 11-52, 11-53, 11-54, 11-55, 11-56, 11-57, 11-58, 11-59, 11-60, 11-61, 11-62, 11-63, 11-64, 11-65, 11-66, 11-67, 11-68, 11-69, 11-70, 11-71, 11-72, 11-73, 11-74, 11-75, 11-76, 11-77, 11-78, 11-79, 11-80, 11-81, 11-82, 11-83, 11-84, 11-85, 11-86, 11-87, 11-88, 11-89, 11-90, 11-91, 11-92, 11-93, 11-94, 11-95, 11-96, 11-97, 11-98, 11-99, 11-100

Nagelpflege-Garnituren

Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.